

Zuwanderung belebt Wirtschaft



René Peter

Ausländische Arbeitskräfte tragen mächtig zu unserem Wohlstand bei. Sie zahlen mehr Sozialleistungen als sie beziehen und schaffen Arbeitsplätze.

Sie haben unsere Eisen- und die Autobahnen gebaut, die Dieselmotoren, die wir exportierten, die Staumauern für die Kraftwerke, haben Rolläden hergestellt, Telefonapparate angefertigt, spannen die Fäden, woben die Stoffe, putzen heute unsere Wohnungen und Spitäler, transportieren Güter und Menschen, schneiden Haare, malen Fenster, bauen Häuser, pflegen unsere Eltern, bedienen uns im Restaurant, bereiten Snacks, Kebab, Pizza und Sushi zu. Es sind viele ausländische Frauen und Männer, die das alles tun. Sie tragen mächtig zu unserem Wohlstand bei. Es wundert nur, warum fast ausschliesslich die von ihnen verursachten Kosten erwähnt werden. Hört man auch hier und da vom Nutzen, den sie stiften, würde offensichtlich: AusländerInnen brachten und bringen der Schweiz bei weitem mehr als sie kosten. Auch in Wädenswil ist das so. Erinnerung sei an die Tuchfabriken, die Weberei Gessner, Standart Radio Telefon, Rolladen Baumann, Pro Ciné, um nur einige wenige von den älteren Firmen zu nennen. Viele von ihnen produzieren nicht mehr. Heute sieht das Arbeitsplatzangebot in Wädenswil unübersichtlicher aus. So sind von den insgesamt rund 7700 Beschäftigten nur noch rund 2600 in Industrie und Gewerbe tätig, die andern

über 5100 arbeiten im Dienstleistungsbereich. Davon sind schätzungsweise 20% AusländerInnen.

AusländerInnen zahlen mehr Sozialleistungen als sie beziehen

Die Fremden seien Profiteure unserer Sozialversicherungen. Das stimmt entschieden nicht. Das Gegenteil ist wahr. Ohne den Beitrag der relativ jüngeren ausländischen Arbeitskräfte, die wie alle AHV/IV, Arbeitslosenversicherung und so weiter zahlen, wäre die Zukunft dieser Sozialwerke gefährdet. In Forschungsarbeiten zu diesem Thema lesen wir, dass Zuwanderung zur Stabilisierung der existierenden sozialen Sicherungssysteme beiträgt. Dies stimmt sowohl in den USA, wo insbesondere die mexikanische Immigration in die Südstaaten sehr gross ist, als auch in Deutschland sowie der Schweiz. Abnehmende Geburtenzahlen und zunehmende Lebenserwartung haben in den entwickelten Volkswirtschaften einen mittlerweile drastischen Alterungsprozess ausgelöst. Diese Entwicklung hat

grosse Auswirkungen auf die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Diese Tendenz wird durch immer kürzere Lebenserwerbszeiten noch verstärkt. Man überlegt sich, ob nicht gar eine erhöhte Zuwanderung der drohenden Alterung entgegenwirkt.

Zudem tun sich auch AusländerInnen in schwierigen wirtschaftlichen Phasen schwer, Arbeitslosengelder oder Sozialhilfe zu beziehen. Bruno Brozzesi arbeitete mehr als 20 Jahre bei der Standart in der Au, wo er sich in der Betriebskommission für die Interessen der Arbeitskräfte stark machte. Er gehört derzeit dem Patronato Ital-Üil an, das ItalienerInnen bei Fragen bei Sozialversicherungen, Renten und Steuern berät. Für das italienische Konsulat bearbeitet er Anträge für Pässe und Doppelbürgerschaften. Er sagt: «Ich kenne viele Italiener, die sich wie Bettler vornehmen, wenn sie Arbeitslosengelder oder Sozialhilfe beziehen. Das lässt sein Stolz nicht zu. Einige sind lieber sechs Monate bis ein Jahr arbeitslos, als dass sie sich bei der Arbeitslosenkasse mel-



Fahrt zur Baustelle; Autobahnbau Wädenswil

Foto: Andreas Wolfensberger, 1966

den. Andere wandern wieder zurück, wenn sie in diese Situation geraten.»

AusländerInnen schaffen Arbeitsplätze

Manche mögen sagen, dass AusländerInnen von den schweizerischen Bildungsinstitutionen nur profitieren und gut ausgebildet den SchweizerInnen die Arbeitsplätze streitig machen. Die Realität sieht anders aus. AusländerInnen schmälern das Arbeitsplatzangebot für InländerInnen nicht. Im Gegenteil, sie vergrössern es, indem sie eigene Firmen gründen und selber Leute anstellen, ihnen Löhne zahlen und so nicht unwesentlich die schweizerische Wirtschaft beleben. Darum ist die Bildungsinvestition auch bei AusländerInnen gut angelegtes Geld, das allen nützt, ihnen wie uns. Im Jahr 2002 zählt die Schweizerische Arbeitskräfte Erhebung (SAKE) 709'000 ausländische ArbeitnehmerInnen sowie 67'000 selbständigerwerbende AusländerInnen (Jahresaufenthalter und Niedergelassene). Das heisst, ungefähr 8% der AusländerInnen machen sich selbständig. Diese Zahl ist beachtlich. Bei InländerInnen sind es ungefähr 17%.

Etienne Piguet, Ökonomieprofessor an der Universität Neuenburg, hat unter-

sucht in welchen Bereichen AusländerInnen sich selbständig machen. Am wenigsten ausländische Selbständige zählt die Landwirtschaft – klar. Aber in den Bereichen Handel und persönliche Dienstleistungen und Dienstleistungen für Firmen sowie Transport und Handwerk werden häufig von AusländerInnen Firmen gegründet.

Migration glättet den Konjunkturzyklus

Die Frage, ob die Migration auch eine konjunkturdämpfende Wirkung hat, ist umstritten. Konjunkturdämpfend wirken die temporären Arbeitsbewilligungen, die dann erteilt werden, wenn der Arbeitsnachweis erbracht ist (Saisonniers und Jahresaufenthalter). Wenn die Konjunktur anzieht und ein Überangebot an Arbeit vorhanden ist, können vermehrt ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz geholt werden, umgekehrt werden die Bewilligungen nicht erteilt, wenn das Arbeitsangebot zurückgeht. Auf diese Weise kann ein Teil der schweizerischen Arbeitslosigkeit exportiert werden. Die andere Auffassung sagt, dass Migration die konjunkturellen Ausschläge verstärkt. Sie rechnet mit dem Multiplikatoreffekt, der be-

wirkt, dass das zusätzliche Arbeitseinkommen den Konsum anheizt und zu einer noch grösseren Nachfrage führt. Umgekehrt werden die rezessiven Tendenzen durch Abwanderung von Konsumkraft verstärkt. Sollte letztere Auffassung zutreffen, dürfte man gegenwärtig möglichst niemanden nach Hause schicken, damit in der Schweiz konsumiert wird, was die Rezession etwas abschwächen würde.

Migration ist notwendig

So oder so ist Migration notwendig, um Volkswirtschaften gesund zu erhalten. Migration geht hingegen kaum jemals reibungslos vonstatten. Migration führt zu Auseinandersetzungen und Kosten, die aber in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Gesellschaft stehen. Darum darf keine Politik geführt werden, die das Unmögliche versucht, nämlich das Fremde durch Ausschluss und Fernhalten zu bekämpfen, sondern es soll vielmehr eine Politik betrieben werden, die auf das Gelingen des Lebens und Zusammenlebens in unserer Gesellschaft aus ist. Eine Politik, die die Integrationskosten auch im Bildungsbereich nicht scheut. Denn dieses Geld ist eine überaus gute Investition in die Zukunft.

«Eine Lehre zählt fast wie das ganze Leben»

Bieli aus Bosnien und Hakan aus der Türkei erzählen über ihre Erfahrungen nach einem Jahr Lehrzeit. Beide haben in Wädenswil einen Teil der Primarschule und die Oberstufe besucht.



Bieli und Hakan berichten über ihre Erfahrungen im ersten Lehrjahr

«Man sieht es meinen Händen an, dass ich am liebsten meche», sagt Bieli und

zeigt stolz seine kräftigen schönen Hände. «Aber ich komme auch gerne an den See und treffe alte Kollegen.» Denn nach der Schulzeit gehen alle einen anderen Weg, man sehe sich nicht mehr oft. Hakan zum Beispiel habe er bis vor zwei Wochen nie mehr gesehen.

Bieli gefällt es in Wädenswil, obwohl er manchmal lieber hätte, die Jungen am Bahnhof würden weniger Stress machen. «Irgendwo muss eine Grenze sein, eine Grenze beim Schlägeln und Randalieren.»

Heute wohnt Bieli in Horgen. Er fühlt sich wohl in einer betreuten Wohnung von der Stiftung Jugendnetzwerk. Die Betreuerin, die einmal wöchentlich vorbeikommt, gab ihm gute Tipps, so dass er eine neue Lehrstelle hat finden können. Seine erste Lehre als Bäcker-Konditorei-Verkäufer brach er ab: «Wenn ich am Morgen drei Wecker nicht höre, dann stimmt etwas nicht

mehr.» Zwar gefiel ihm die Arbeit am Anfang. Er bekam die Lehrstelle damals nur, weil er während der Schnupperlehre gut gearbeitet hatte.

Nun kann Bieli in einer Institution, wo er entweder Schreiner, Maschinen- oder Polymechaniker lernen kann, einen neuen Anlauf nehmen.

Auch Hakan hat eine Lehrstelle als Heizungsmonteur gefunden, weil er in der Schnupperlehre gut gearbeitet hat. Nur zwei Bewerbungen habe er geschrieben. Der Lehrer half ihm dabei.

«Die Gewerbeschule ist streng», das sagen beide. Bieli erklärt: «Man hat viele Fächer, Betriebskunde, Staatskunde, Französisch, Englisch und mehr.» Hakan findet auch, die Schule sei nicht einfach. Darum lässt er sich vom Lehrer zusätzlich Aufgaben geben. In der Bude, da gehe es gut. Der Chef sei sehr zufrieden.

Fortsetzung S. 4

Pferdesport kontra Landwirtschaft



Thomas Hartmann
SP-Gemeinderat

Im Wädenswiler Berg will ein Reitstallbesitzer eine Grosshalle für den Pferdesport und ein Restaurant bauen. Mitten im Landwirtschaftsgebiet. Das will die SP nicht akzeptieren. Sie verlangte in einer Einwendung, dass auf die Festlegung einer Erholungszone und eines privaten Gestaltungsplans verzichtet wird.

Nun bringt der Stadtrat den Wunsch des Reitstallbesitzers vors Parlament. Der zuständige Bauvorstand Ernst Stocker (SVP) äussert sich positiv zu dieser Planung von privater Seite. «Es ist ein ambitioniertes Vorhaben, das wir als Chance für die Etablierung des Pferdewettkampfsports in unserer Region betrachten», wird Bauer Stocker in der Zürichsee-Zeitung zitiert.

Interessenabwägung

Das Abwägen von Interessen sollte zum Alltag in der Raumplanung gehören. Grosse Hilfe bieten hier die Ziele und Grundsätze des Raumplanungsgesetzes (RPG). Sie postulieren die häuslicherische, landschafts- und umweltschonende Bodennutzung und den Schutz der Lebensgrundlagen wie Boden, Luft, Wasser und Landschaft. Darum ist in den immer dichter besiedelten Regionen rund um den Zürichsee der vorhandene Boden landschafts- und umweltschonend zu nutzen und genügend Kulturland zu erhalten. Dieses Anliegen steht im Widerspruch zum geplanten Reitsportzentrum. Die Sportanlage dient ausschliesslich einem kleinen Kreis von Reitsportlern und den privaten Interessen eines Grundbesitzers.

Wichtig bei der Interessenabwägung ist auch, dass für einzelne Besitzer von Landwirtschaftsland keine Privilegien und damit Präjudizien geschaffen werden, die sich für den Bauernstand fatal auswirken werden: Es wird weitere Besitzer von Landwirtschaftsland geben, die entsprechende Begehren auf Umzonung stellen.

Raum für Freizeit und Erholung

Als Ausgleich zu beruflicher Anspannung und Stress gewinnen Freizeit, Erholung und Sport zunehmend an Bedeutung, ebenso die mit dem Naturerlebnis verbundene Erholung. Doch der Erholungswert unserer Landschaft wird durch Bauten wie der riesigen Reitsporthalle gefährdet. Solche Sportbauten führen zum Verlust landschaftsprägender Strukturen sowie zum Rückgang vielfältiger und naturnaher Lebensräume in der Nähe von Siedlungsgebieten.

Da Landwirtschaftsland günstig ist, wird für Freizeitaktivitäten, die viel Raum beanspruchen (Golfplätze, Reitanlagen, Freizeitparks usw.), gerne auf solches zurückgegriffen. Das führt schnell zu Nutzungskonflikten. Das Landwirtschaftsland gerät immer mehr unter Druck. Naturnahe Landschaften werden immer stärker verdrängt. Obstbäume, Hecken und Feuchtgebiete (der Flurname «Mosli» erinnert noch an ein solches) gehen in immer grösserer Zahl verloren. Oft werden einzelne Veränderungen kaum wahrgenommen, weil sie nicht so spektakulär sind wie die geplante Reitsportanlage im Mosli.

Mehr Freizeitverkehr

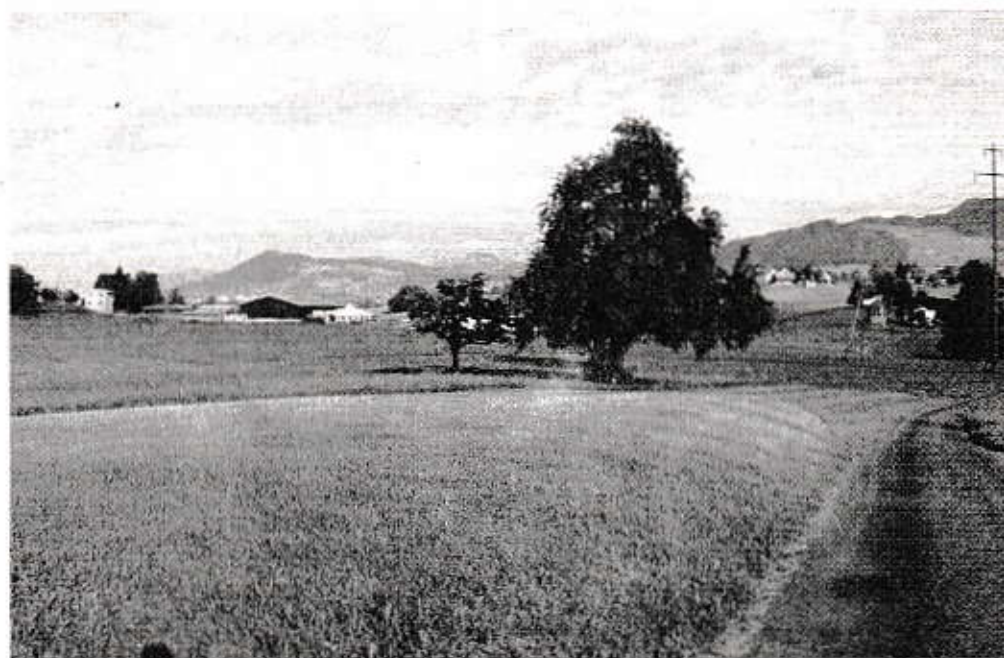
Die Hälfte des Personenverkehrs ist heute Freizeitverkehr. Einrichtungen

zum Verbringen der Freizeit gehören darum in mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erschlossene Gebiete. Das Mosli ist mit dem Bus schlecht erreichbar. Weiter führt die Zerstörung naturnaher Landschaften in Siedlungsnähe zu Mehrverkehr durch immer weitere Fahrten in die noch möglichst unberührte Landschaft, wo wiederum eine gute Erschliessung und ein gewisses Angebot an Infrastruktur erwartet wird (Parkieranlagen, Restaurants usw.). Ein Teufelskreis.

Mit der Reitsportanlage im Mosli wird keine grosse Lücke im Wädenswiler Freizeitangebot geschlossen. Reithallen stehen auch im Wüeribach (Horgenberg), im Moos und beim Geerenholz.

Unterhöhung des Richtplans

Eine Reitsporthalle ist nicht standortgebunden und somit in der Landwirtschaftszone nicht bewilligungsfähig. Also greift man zum Trick der Festlegung einer Erholungszone, um einem einzigen Grundbesitzer den Steigbügel hinhalten zu können. Ein offensichtlicher Versuch, den Zweck des kantonalen Richtplans zu unterlaufen. Das kann und will die SP nicht akzeptieren!



Naherholungsgebiet «Mosli» heute

Wirtschaftspolitisch falsch und inakzeptabel



Der Regierungsrat schlägt ein drastisches Sparprogramm vor, um den Aufwand des Kantons zu reduzieren. Die Ausgaben sollen den stark rückläufigen Einnahmen angepasst werden. Die Verantwortung dafür trägt die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats, seit Jahren eine «Politik der leeren Kassen» betreibt.

Julia Gerber Rüegg, SP Kantonsrätin, Mitglied der Finanzkommission

Der Wirtschaftsstandort Zürich befindet sich ökonomisch in der Krise. Punkto Arbeitslosigkeit steht er mit 4.4 % (Stand Ende Mai 2003) an fünfter Stelle und damit deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt. Für die unmittelbare Zukunft ist ein weiterer Arbeitsplatzabbau angekündigt oder bereits voll im Gange. Da sind die von der Regierung vorgeschlagenen 144 Sparmassnahmen mit einem Sparpotential von über zwei Milliarden schon aus wirtschaftspolitischen Überlegungen völlig falsch. Es ist nicht nachvollziehbar, wie die Regierung heute einen Stellenabbau von über 4 % ins Auge fassen kann. Denn damit trägt der Staat direkt zum weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen bei. Unverantwortbar sind zudem die Kürzungen im Bildungsbereich, der Qualitätsabbau im Gesundheitswesen, die Abschaffung der AHV- und IV-Bei-

hilfen und die Reduktion der Sozialhilfeleistungen. Alle diese Sparmassnahmen werden dazu beitragen, die Unterschiede zwischen den hohen und den tieferen Einkommen zu verschärfen. Eine solche Politik lehnt die SP entschieden ab. Sie ist das Resultat einer langjährigen verfehlten Politik der leeren Kassen, mit der von den bürgerlichen Parteien gezielt ein immenser Spardruck geschaffen wurde.

Erträge nicht weiter senken

Die SP fordert in erster Linie Massnahmen auf der Einnahmenseite. So soll auf die Steuergesetzrevision verzichtet werden, die unter anderem die Streichung des höchsten Progressionssatzes beinhaltet. Ferner muss die im Frühjahr 2003 beschlossene Steuerfussreduktion im Jahr 2005 wieder vollständig rückgängig gemacht werden. Ausserdem rechtfertigt es sich, für die kommenden Jahre mit voraussichtlich geringem Wirtschaftswachstum, das Eigenkapital von derzeit 1,7 Milliarden Franken um die Hälfte zu reduzieren. Natürlich gibt es immer auch einzelne Sparmassnahmen, die ohne nachhaltigen Schaden für die Gesellschaft eingeführt werden können. Die SP-Kantonsratsfraktion prüft derzeit jeden einzelnen Sparvorschlag der Regierung sorgfältig auf seine Auswirkungen. Der Regierungsrat hat zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Stellenabbau 90 Millionen Franken für Sozialplankos-

ten eingestellt. Diese Kosten entfallen, wenn auf den unsinnigen Stellenabbau verzichtet wird.

Gleiche Chancen und Gerechtigkeit

In ihrer Fraktionserklärung vom 11. Mai 2003 hat die SP im Rahmen der bevorstehenden Sanierungsdebatte einen harten und lösungsorientierten Einsatz für Stabilität, soziale Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und Chancengleichheit angekündigt. Die SP ist froh um die Unterstützung ihrer parlamentarischen Arbeit durch die bereits angekündigten vielfältigen Aktionen breiter Bevölkerungskreise.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Als Abonentin oder Abonnent erhalten Sie das so! mit der Post. Das so! wird zudem von rund 20 Personen 3-4 mal jährlich in 7500 Haushalte in Au und Wädenswil verteilt. Selbstverständlich tun dies alle Personen unentgeltlich – darüber sind wir sehr froh. Merci!

Der Druck und das Papier kosten jedoch Geld – und darauf sind wir dringend angewiesen. Wir legen deshalb einen Einzahlungsschein bei und danken herzlich für jede Abonnementszahlung (Abo Fr. 12.-, bzw. Unterstützungssabo Fr. 25.-) und/oder Spende.

Fortsetzung von S. 2

In der Lehre hat man weniger Freizeit als vorher. «Am Mittwoch hatte ich meine Termine, am Sonntag konnte ich ausschlafen», erklärt Bieli.

Bieli gibt denjenigen, die jetzt dann aus der Schule kommen den Tipp: «Kneift euch in den Arsch, zieht die Lehre durch, die, die eine haben, und die andern, hockt euch hinter die Bücher und sucht, sucht, sucht. Es lohnt sich. Weil, es sind vielleicht zwei oder drei Jahre,

aber das eine Papier zählt fast wie das ganze Leben.»

Hakan sagt: «Die, die in der 3. Oberstufe eine Lehrstelle gefunden haben, sollen nicht einfach schlafen in der Schule. Das haben wir auch gemacht. Aber als wir mit der Lehre begannen, merkte man das sofort, weil wir nichts gecheckt haben. Alle nahmen es easy, nachdem sie eine Lehrstelle hatten, aber das ist nicht gut.»

René Peter



- Ich will mehr über die SP erfahren
- Ich möchte der SP beitreten
- Senden Sie mir Infomaterial über folgendes Thema:

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:



Sozialdemokratische Partei Wädenswil
Postfach 552, 8820 Wädenswil
Fax 01 680 34 51
e-mail: spwaedenswil@spzuerich.ch